



Newsletter vom 17. 11. 2024

Inhalt

Wie kann das überforderte Schulsystem wirkungsvoll entlastet werden?	2
15. November 2024, Hanspeter Amstutz.....	2
Digitale Hilfsmittel an den Schulen – ab welchem Alter und in welchem Mass?	4
14. November 2024, Zeno Schärer	4
Berufsvorbereitung: Eltern rüffeln Schulen.....	5
20 Minuten, 11. November 2024.....	5
Mehr Geld für Schulinseln statt «Separation».....	6
NZZ, 1. November 2024, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach	6
Förderklassen: Regierungsrat lehnt Initiative ab.....	8
Tages-Anzeiger, 1. November 2024, Zürich.....	8
Kein taugliches Vorgehen	8
Tages-Anzeiger, 9. November 2024, Forum, Leserbrief	8
«Schulinseln» sind keine Lösung	9
NZZ, 13. November 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief	9
Was ist zu tun und zu lassen?	9
Schweizerzeit, 25. Oktober 2024, von Regierungsrat Res Schmid,.....	9
Der Abbau muss ein Ende haben.....	11
NZZ, 13. November 2024, Meinung & Debatte, Giorgio Scherrer.....	11
Blosse Qualifizierung reicht nicht.....	12
Journal21, 10. November 2024, Carl Bossard	12
Veranstaltungshinweise	14
Gewalt und Mobbing in der Schule - braucht es ein Fach Empathie?.....	14
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 20. November 2024.....	14
Integrative Schule wohin?	15
EVP der Stadt Zürich, 25. November 2024	15



Rückblick auf eine eindrückliche Veranstaltung

Falls Sie unsere eindrückliche Veranstaltung über die schulische Digitalisierung verpasst haben, bieten wir Ihnen gleich am Anfang unseres Newsletters eine treffende Zusammenfassung unseres Vorstandsmitglieds Zeno Schärer. Der Autor schildert anschaulich, wie er die kompetenten Ausführungen einer Unterstufenlehrerin und eines Sekundarlehrers erlebt hat.

Wie kann das überforderte Schulsystem wirkungsvoll entlastet werden?

15. November 2024, Hanspeter Amstutz

Vorwürfe von Elternseite, die Volksschule erfülle die an sie gestellten Aufgaben nicht oder nur unzureichend, sind in letzter Zeit wieder lauter zu hören. Störenfriede erschweren konzentriertes Lernen in manchen Klassen, wird häufig moniert. Jugendliche seien nicht ausreichend auf die Berufswahl vorbereitet worden, will eine Strassenumfrage von 20-Minuten festgestellt haben. Und eine grosse Studie der Universität Zürich kommt zum Schluss, dass schulischer Leistungsdruck mitverantwortlich für die Tatsache sei, dass jedes zehnte Schulkind psychotherapeutische Betreuung beanpruche.

Die Vorwürfe sind nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Doch es wäre verfehlt, diese Liste des Versagens einfach in die Schuhe der Lehrpersonen zu schieben. Dies wird meistens fairerweise auch nicht getan, da fast alle Eltern über die vielfältigen Herausforderungen im Lehrerberuf heute gut im Bild sind. So weiss man beispielsweise, dass das arg belastende Handy-Mobbing unter Teenagern nicht allein von der Schule bekämpft werden kann. Es braucht die Mitarbeit von Eltern, Schule und Behörden, um das Sozialverhalten der Jugendlichen in gesunde Bahnen lenken zu können. Im Bericht von 20-Minuten zählt eine Primarlehrerin sehr eindrücklich auf, was ihren Schulalltag belastet. Berufswahlvorbereitung im spezifischen Sinn gehört zwar nicht zu ihrem Kernauftrag. Aber mit der Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und der Förderung der Lernfreude schafft sie eine gute Basis für die spätere Berufswahl.

Die schulische Integration bleibt Dauerbrenner

Es ist Sache der Bildungspolitik, alles zu tun, um gute Rahmenbedingungen für den zentralen Auftrag der Volksschule zu schaffen. Leider scheinen manche Verantwortliche aus dem Bereich der Bildungssteuerung infolge dogmatischer Fixierungen oder mangelnder Praxisnähe einen stark getrübbten Blick auf die Schulrealität zu haben.

Dauerbaustelle Nummer eins ist die schulische Integration. Die aufwühlenden Berichte aus den Schulen schrecken auf und verbieten es, so wie bisher weiterzufahren. Für die Förderung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen müssen neue Wege gefunden werden. "So viel Integration wie möglich, so wenig Separation wie nötig", könnte man dabei als Leitlinie nehmen. Dass es in gewissen Fällen nicht ohne Separation geht, liegt auf der Hand. Es funktioniert nicht, wenn Lehrpersonen ständig den Spagat zwischen Schülern mit extremen pädagogischen Bedürfnissen und sehr Lernwilligen machen müssen. Die Lehrpersonen brennen aus und die Qualität des Unterrichts leidet massiv.

Schulinseln eignen sich nicht für stark verhaltensauffällige Schüler

Die Argumente der Befürworter einer uneingeschränkten Integration wirken abgedroschen: Es brauche kleinere Klassen, viel mehr ausgebildetes Fachpersonal und noch mehr individualisierenden Unterricht. Es sind utopische Forderungen, deren Umsetzung eine Kostenexplosion im Bildungswesen auslösen würde. Man fragt sich dabei besorgt, ob das Festhalten an einem unpraktikablen Konzept die aktuelle Krise nicht um weitere Jahre verlängern wird. Gleichfalls nicht zu überzeugen vermag die von der Zürcher Bildungsdirektion als Gegenvorschlag zur Förderklassen-Initiative präsentierte Lösung mit Schulinseln. Diese sind kein Ersatz, um stark auffällige Schüler zu betreuen. Das



Kommen und Gehen bei diesem Inselbetrieb mit den oft nur wenige Tage dauernden Timeout-Phasen erschwert vielmehr eine stabilisierende Langzeitbetreuung. Weshalb Schulinseln keine Patentlösung sind, finden Sie eindrücklich geschildert in zwei Leserbriefen.

Die Integrationsfrage wirft grundlegende Fragen zum Auftrag unserer Volksschule auf. Was kann die Volksschule leisten und wo muss sie sich von gesellschaftlichen Forderungen aus dem Wunschbereich abgrenzen? Die verbreitete Erwartung, die Schule müsse für jedes Kind unter allen Umständen ein individuelles Bildungsprogramm im Rahmen einer Regelklasse anbieten, ist nicht erfüllbar. Vielmehr führt dies zu einer chronischen Überforderung unseres Schulsystems. Das erstrebenswerte Ziel einer verbesserten Chancengerechtigkeit wird nicht erreicht, indem man Integration und Individualisierung auf die Spitze treibt.

Antworten von überzeugender Klarheit zu diesen Fragen hat der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid formuliert. Er hält fest, dass die Schule ihren Auftrag eingrenzen muss, um die wesentlichen Bildungsziele zu erreichen. Es lohnt sich, seine treffenden Ausführungen, welchen in einem bemerkenswerten Gegensatz zur oft schwurbligen Sprache von Expertengremien steht, im Originaltext zu lesen.

Weiteres Streitgespräch über Integration fordert die Bildungsdirektion heraus

Die Politik ist jetzt gewaltig gefordert. Die Einführung von Förderklassen ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es fehlen Heilpädagoginnen, die für das Führen einer Förderklasse voll ausgebildet sind. Es muss ohne ideologische Scheuklappen überprüft werden, mit welchen Fördermassnahmen im Verhältnis von Aufwand und Ertrag die beste Wirkung erzielt wird. Darüber hinaus braucht es eine Entschlackung eines für viele Schülerinnen und Schüler belastenden Bildungsprogramms.

Auf manche dieser Fragen werden Sie in einem Streitgespräch zwischen Befürwortern und Gegnern von Förderklassen in Zürich vermutlich Antworten finden können. Es geht darum, dass in der Integrationsfrage endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Am Schluss unseres Newsletters finden Sie die genauen Angaben zu dieser bildungspolitisch bedeutenden Veranstaltung.

Bildung ist mehr als der Erwerb direkt nützlicher Kompetenzen

Das Fach Geschichte ist ein Kulturträger ersten Ranges. Geschichte deckt auf, woher wir kommen und hilft mit, die politische Gegenwart zu interpretieren. Doch der Geschichtsunterricht in der Volksschule steckt in einer Krise, wie eine Debatte im Zürcher Kantonsrat deutlich gezeigt hat. Ärgerlich dabei ist, dass die meisten Bildungsdirektionen trotz der Warnrufe keinen Handlungsbedarf sehen. Das hat Giorgio Scherrer von der NZZ zu einem leicht geharnischten Kommentar bewogen.

Die Ausrichtung der gymnasialen Bildung ist ebenfalls ein Dauerbrenner in den Medien. So gerät das Langzeitgymnasium immer wieder unter Beschuss diverser Kritiker. Die Frage, wieweit diese bewährte Form der Begabtenförderung im Kanton Zürich beibehalten werden soll, dürfte nicht so rasch verstummen. Aber ebenso klar ist, dass eine Mehrheit der Bildungsinteressierten weiter voll hinter dem Langzeitgymnasium steht.

Das Schlusswort in der Textsammlung unseres Newsletters hat einmal mehr Carl Bossard. Er innert daran, dass Bildung weit mehr als nur das Erwerben nützlicher Kompetenzen ist. Vielleicht wird es Ihnen so ergehen wie mir: Erst beim zweiten Lesen seiner Kernaussagen habe ich seinen tief sinnigen Gedanken wirklich folgen können. Der Autor schreibt glasklar, und dennoch fordert sein neuester Text heraus. Aber die Lektüre lohnt sich.

Hanspeter Amstutz

Digitale Hilfsmittel an den Schulen – ab welchem Alter und in welchem Mass?

14. November 2024, Zeno Schärer

Der Verein «Starke Volksschule Zürich» lud am 4. November 2024 zu einem Vortragsabend mit Diskussion ein. Sind digitale Hilfsmittel an den Schulen ein Segen oder ein Fluch? Oder muss differenzierter nach ihrem konkreten Einsatz und dem Alter der Schüler gefragt werden? Die beiden Referenten, die Primarlehrerin Hedwig Schär und der Sekundarlehrer Philipp Zopp, zeichnen sich nebst grossem didaktischem Wissen durch viel Praxiserfahrung aus.

Hedwig Schär erläuterte, dass es auf der Primarstufe gute digitale Übungsprogramme gebe. Allerdings sei das Kosten-Nutzen-Verhältnis oft fraglich. Mittlerweile arbeite sie selbst nur noch mit analogen Hilfsmitteln. Eine Medieneinführung ab der fünften Primarklasse reiche aus. Die Referentin argumentierte anschaulich, man lerne ja auch nicht als Kleinkind Auto fahren, damit man «es dann später könne». Fähigkeiten wie Zeichnen, Ausdauer und Ordnung halten seien heute hingegen bei manchen Kindern unterentwickelt. Oft seien sie daran gewöhnt, mit «shut-up-toys» (Spiele auf Handy oder Tablet) ruhig gestellt zu werden. Mit deren kurzfristig orientierten



Mosaikwürfel

Anreizen würden ihnen wenig Frustrationstoleranz und soziale Kompetenzen vermittelt. Die digitalen Inhalte und die Realität vermischten sich in der Wahrnehmung der Kinder, welche in diesem Alter noch nicht abstrahieren können. Anhand eines Würfelmosaiks zeigte Hedwig Schär eindrücklich den qualitativen Unterschied zwischen einem physischen Lernspiel und dessen digitaler Alternative auf. Die physische Variante des Lernspiels trainiert zusätzliche Fähigkeiten wie Haptik und Feinmotorik, dreidimensionales Erfassen usw. Zudem betonte die Referentin, wie wichtig es sei, auch das Gemüt des Kindes anzusprechen, etwa mittels ansprechender Geschichten. Schliesslich resümierte Hedwig Schär, der Einsatz analoger statt digitaler Mittel auf der Primarstufe erzeuge einen klaren Mehrwert an sozialen, manuellen und intellektuellen Fertigkeiten und decke so ein viel breiteres Spektrum ab.

Nun war die Reihe an Philipp Zopp. Der Wetziker Sekundarlehrer erläuterte, wie er digitale Hilfsmittel einsetzt. Er schilderte eindrücklich, wie viele seiner Schüler bereits am Ablesen einer analogen Uhr scheitern. Die Vorteile der digitalen Welt verschwieg der Referent aber nicht, etwa im Fach «Berufliche Orientierung». Software-Programme erzeugten bei sinnvollem Einsatz durchaus Mehrwerte. Der Nachteil sei, dass die Schüler dank ihren digitalen Kenntnissen allerlei Programme auf ihren Laptops installieren, welche sie vom Lernen abhalten. Gegenmassnahmen



Nur ein kleiner Teil der Schüler kann die analoge Uhr ablesen.



könnten leicht umgangen werden. Philipp Zopp plädiert dafür, digitale Lehrmittel nur bei einem nachgewiesenen, klaren Mehrwert einzusetzen. Bei Mathematikaufgaben sei die Verlockung gross, zur nächsten Aufgabe weiterzuzappen, anstatt den Stoff wirklich durchzuarbeiten. So werde der moderne individualisierte Unterricht ungewollt zum «shut-up-toy». Sorgen macht Philipp Zopp die hohe Bildschirmzeit seiner Schüler von rund acht Stunden pro Tag – wohlgemerkt ausserhalb der Schulzeit! Deshalb nehme die Konzentrationsfähigkeit der Schüler deutlich ab. Viele könnten nicht mehr einen 90-minütigen Film schauen oder eine A4-Seite Text lesen und verstehen.

Auf die informativen Referate folgte eine angeregte Diskussion mit dem Publikum. Eines wurde überdeutlich: Die Schulen haben in den vergangenen Jahren viele Ressourcen für die Einführung eines digitalen Schulunterrichts aufgewendet. Inzwischen ist klar, dass digitale Medien in Primarklassen eher kontraproduktiv sind. Auf der Sekundarstufe bedürfen solche Hilfsmittel eines pädagogisch sinnvollen, zielgerichteten und massvollen Einsatzes. Die Politik ist gefordert, auf die Schulpraktiker zu hören und die notwendigen Kurskorrekturen vorzunehmen, statt die Schulen unreflektiert und planlos weiter zu digitalisieren.

Berufsvorbereitung: Eltern rüffeln Schulen

20 Minuten, 11. November 2024

Zürich • Viele Eltern fordern eine bessere Berufsvorbereitung und kritisieren die Lehrer. Eine Lehrerin spricht nun über die Probleme.

Bei einer Strassenumfrage von 20Minuten sagte eine Mutter, sie habe ihren Sohn in Extrakurse schicken müssen, weil sich die Lehrpersonen keine Zeit genommen hätten. Eine weitere ist ebenfalls enttäuscht vom Lehrer ihres Kindes: «Für ihn war es nur eine Zwischenstation. Er arbeitete zuvor bei der Bahn und plante für eine Weltreise, aber um die Kinder kümmerte er sich nicht.»

Eine Primarlehrerin sagte auf Anfrage von 20Minuten, dass die Schule zeitweise an ihre Grenzen komme. «Es fehlt oft an Ressourcen, an Geld, an ausgebildetem Personal und vielem mehr. Deshalb sind die Klassen zu gross.» An ihrer Schule sollen wegen eines Sparplans Angebote im Bereich Informatik wegfallen, Plätze für Kinder mit speziellen Bedürfnissen gedeckelt und Lehrpersonen noch mehr belastet werden, wie sie weiter sagte. «Eltern spüren diese Herausforderungen im Schulsystem. Aus all diesen Gründen verstehe ich Eltern, die sich Sorgen machen.» In Deutschland glaubt laut einer repräsentativen Umfrage nur noch ein Viertel aller Eltern, dass die Schule die Kinder gut auf das Berufsleben vorbereitet.

Die Lehrerin findet aber auch, dass es nicht die Aufgabe der Schule sei, die Kinder aufs Berufsleben vorzubereiten, sondern Sache des Elternhauses.

Beim Arbeitgeberverband heisst es, Kinder und Jugendliche müssten in der Lage sein, ihre Stärken zu erkennen, um so einen realistischen Berufswunsch zu entwickeln. «Man muss den Jugendlichen Zeit geben», sagt Nicole Meier, die Bildungsleiterin des Verbands.

Dagmar Rösler, Zentralpräsidentin des Verbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, verteidigt das aktuelle Schulsystem: «Nicht alles, was in der Schule gelernt wird, lässt sich später im Berufsleben eins zu eins anwenden. Aber die Schule muss Kindern und Jugendlichen ein möglichst breites Allgemeinwissen mitgeben.» FPO



Mehr Geld für Schulinseln statt «Separation»

NZZ, 1. November 2024, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach

Der Regierungsrat präsentiert seinen Gegenvorschlag zur Förderklassen-Initiative

Es ist ein Dauerbrenner an Primar- und Sekundarschulen, nicht nur im Kanton Zürich: wie weiter mit dem integrativen Unterricht? Was tun, wenn lernschwache, lernbehinderte oder verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche den Klassenbetrieb derart beeinträchtigen, dass Lehrer, Heilpädagoginnen und Klassenassistenten nicht mehr weiterwissen – da sie wegen der Unruhestifter im Schulzimmer dem geplanten Stoff des Semesters immer mehr hinterherhinken? Und sich noch dazu mit unzufriedenen Eltern herumschlagen müssen, die befürchten, dass ihre Kinder unter den ständigen Unterbrechungen besonders litten und unterfordert seien?

Für die Stadtzürcher Gemeinderätin Yasmine Bourgeois von der FDP und ein Komitee aus Vertretern von SVP und der GLP ist klar: So geht es nicht weiter. Sie haben im Sommer eine kantonale Volksinitiative eingereicht, die Folgendes erreichen will: Verhaltensauffällige Schüler und solche mit einer Lernschwäche sollen bei Bedarf in sogenannte Förderklassen eingeteilt werden können. Dies semesterweise und vorübergehend, wie die Initianten betonen. Idealerweise befinden sich diese Lerngruppen im gleichen Schulhaus wie die Regelklassen, aus der die Kinder kommen und in die sie bei guter Entwicklung auch wieder zurückkehren sollen.

Geführt werden sollen diese Klassen von Heilpädagoginnen. Laut den Initianten der Förderklassen-Initiative soll dies die Lehrer der Regelklassen entlasten, den Schulbetrieb beruhigen und erst noch keine weiteren Kosten verursachen: Zusätzliche Stellen wären nicht nötig, da die Heilpädagoginnen aus bestehenden Klassen abgezogen und den neu zu schaffenden Förderklassen zugeteilt würden.

Eine Volksinitiative in Basel-Stadt hatte ähnliche Massnahmen verlangt. Das Parlament des Stadtkantons hat im September einen Gegenvorschlag beschlossen, der einen Kompromiss vorsieht: Förderklassen sollen künftig möglich sein, allerdings nur für lernschwache und lernbehinderte Schülerinnen und Schüler, nicht für verhaltensauffällige, wie dies die Initianten verlangt hatten. Dennoch dürfte das Basler Volksbegehren nun zurückgezogen werden.

Lehrer ohne Heilpädagogen

Nicht so in Zürich: Hier hat der Regierungsrat am Donnerstag über seinen Gegenvorschlag zur Förderklassen-Initiative informiert. Yasmine Bourgeois sagt auf Anfrage: «Wir werden auf jeden Fall an unserer Initiative festhalten.» Schliesslich handle es sich bei der Antwort der Kantonsregierung nicht wirklich um einen Gegenvorschlag. Bourgeois geht mit der Position von Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) hart ins Gericht. «Hier soll ein System mit noch mehr Geld weitergeführt werden, das erwiesenermassen nicht funktioniert», sagt die FDP-Bildungspolitikerin, die selber Schulleiterin ist von Beruf.

Der Gegenvorschlag der Regierung argumentiert zunächst grundsätzlich. Die Förderklassen-Initiative bedeute «Separation»: Kinder und Jugendliche mit einer Lernschwäche oder einer anderen Beeinträchtigung würden dauerhaft von den übrigen Schülerinnen und Schülern getrennt. Das mindere ihre Chancen, nach der Schule eine Lehrstelle zu finden.

Auch den Regelklassen sei mit der Initiative nicht geholfen, da diese auf «einen Abbau oder gar die vollständige Abschaffung von bestehenden integrativen Fördermassnahmen in Regelklassen» hinauslaufen würde. Es werde immer Schüler geben, die spezifische Unterstützung nötig hätten. Nur stünden in Regelklassen hierfür weniger Ressourcen zur Verfügung als heute, da die Lehrerinnen und Lehrer bei einer Annahme der Förderklassen-Initiative ohne heilpädagogische Unterstützung auskommen müssten.

Die Folge: Die Lehrpersonen hätten nicht weniger, sondern mehr zu tun. Zudem würden Förderklassen nach Einschätzung der Regierung den meisten Heilpädagoginnen nicht entgegenkommen. Diese wollten Kinder und Jugendliche in der Stammklasse unterstützen, nicht in eigenen Klassen.



Kostenneutral sei das Vorhaben der Initianten zudem nicht zu haben, schreibt die Regierung. Förderklassen brauchten zusätzlichen Schulraum. Yasmine Bourgeois entgegnet: «Für die Förderklassen brauchen wir nicht mehr Raum als für erweiterte Lernräume, die der sogenannte Gegenvorschlag vorsehen würde.» Und überhaupt: Es sei der Regierungsrat, der mehr Geld ausgeben wolle für integrativen Unterricht. Die Förderklassen-Initiative lasse sich mit bestehenden Ressourcen umsetzen.

SP und Grüne mit Vorbehalten

Tatsächlich zielt der direkte Gegenvorschlag von Bildungsdirektorin Steiner darauf ab, den Schulgemeinden mehr Mittel für «erweiterte Lernräume» oder sogenannte Schulinseln zur Verfügung zu stellen. Auf solchen Zwischenstationen sollen Schülerinnen und Schüler unterstützt werden, die wegen ihres auffälligen Verhaltens «vorübergehend» nicht in eine Regelklasse integriert werden können.

Die Grünen und die SP sehen das ähnlich. Beide Parteien lehnen die Förderklassen-Initiative ab, beide unterstützen die Idee von mehr Schulinseln, aber beide haben auch Vorbehalte. Die Grünen wollen wissen, wie lange Kinder maximal in solchen Lernräumen unterrichtet werden sollen. «Handelt es sich dabei um Stunden, Tage oder gar Wochen? Auf keinen Fall darf daraus eine versteckte Förderklasse werden», schreibt die Partei am Donnerstag in einem Communiqué. Die SP verlangt, dass der Kanton «die nötigen Ressourcen für eine flächendeckende Einführung» bereitstellt.

Das hingegen würde sowohl der Förderklassen-Initiative als auch dem Gegenvorschlag widersprechen: Beide verstehen sich als punktuelle Massnahme. Jetzt liegt der Ball beim Kantonsrat. Danach hat das Volk das letzte Wort.

Sollen sonderpädagogische Kleinklassen wieder eingeführt werden?

Antworten von Zürcher Stimmberechtigten, in Prozent

● Sehr einverstanden ● Eher einverstanden ● Enthaltung ● Eher nicht einverstanden
● Überhaupt nicht einverstanden



NZZ-Wahlumfrage zu den Zürcher Wahlen 2023, November/Dezember 2022 (N=2688, Stichprobenfehler: 1,89 Prozentpunkte).

QUELLE: GFS BERN

NZZ / nil.



Förderklassen: Regierungsrat lehnt Initiative ab

Tages-Anzeiger, 1. November 2024, Zürich

Integration an Schulen Der Zürcher Regierungsrat hat sich gegen die Förderklassen-Initiative ausgesprochen. Diese verlangt, die Separation von verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern solle wieder einfacher möglich sein als heute.

Gemäss Initiativtext sollen Kinder und Jugendliche aus den Klassen genommen und für mindestens ein halbes Jahr in heilpädagogisch geführten Förderklassen unterrichtet werden. Entscheiden, welche Kinder versetzt werden, würde die jeweilige Schulpflege. Hinter der Initiative stehen Vertreterinnen und Vertreter von FDP, GLP und SVP.

Die Förderklassen-Initiative ziele auf einen Grundpfeiler der Volksschule, teilte der Regierungsrat gestern mit. Eine dauerhafte Separation wirke sich negativ auf junge Menschen aus.

Der Regierungsrat gelangt aber mit einem Gegenvorschlag an den Kantonsrat. Dieser sieht mehr «erweiterte Lernräume» für auffällige und störende Kinder vor.

Aufwand würde nicht kleiner

Der Regierungsrat sieht in der Förderklassen-Initiative weder eine Kostensenkung noch eine Entlastung für Lehrpersonen. Kinder seien aus unterschiedlichen Gründen auffällig. Nicht bei allen würde der Unterstützungsbedarf eine Versetzung in eine Förderklasse nach sich ziehen, heisst es weiter. Der Aufwand würde nicht kleiner, weil die nötigen Ressourcen in den Förderklassen gebunden sein werden.

Der Gegenvorschlag des Regierungsrats sieht derweil vor, dass Gemeinden auf freiwilliger Basis die Möglichkeit haben, auffällige oder störende Kinder kurzfristig aus der Klasse herauszunehmen und separat zu unterrichten. Dies werde heute schon von einzelnen Gemeinden angewendet, manchmal auch unter dem Titel «Schulinsel».

Mit dem Gegenvorschlag würden die nötigen Mittel für diese Massnahmen aufgestockt. (SDA)

Kein taugliches Vorgehen

Tages-Anzeiger, 9. November 2024, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 1.11. «Förderklassen: Regierungsrat lehnt Initiative ab»

Der Regierungsrat des Kantons Zürich lehnt die Förderklasseninitiative ab und bringt einen Gegenvorschlag mit sogenannten «erweiterten Lernräumen», in denen die Kinder eine Zeit lang separiert würden. Dies ist kein taugliches Vorgehen, sondern das ergäbe nur wieder Unruhe und zusätzliche Probleme. Und das Wichtigste: Ob die betroffenen Schülerinnen und Schüler mit einem Hin- und Herversetzen dann wirklich glücklicher wären, darf sehr bezweifelt werden. In gewissen Fällen sind halt eindeutig Förderklassen die bessere Lösung, wie in Basel unlängst definitiv beschlossen wurde. Hoffentlich besteht das Zürcher Stimmvolk auf den Vollzug seines Begehrens gemäss Volksinitiative; auch in anderen Kantonen gibt es Kreise, die sich ähnliche Vorstösse ernsthaft überlegen.

Bruno Pfister, Galgenen



«Schulinseln» sind keine Lösung

NZZ, 13. November 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief

Der Regierungsrat empfiehlt als Gegenvorschlag zur Förderinitiative «erweiterte Lernräume» oder «Schulinseln» («Mehr Geld für Schulinseln statt «Separation»», NZZ 1. 11. 24). Dort könne man Kinder, die störten, zeitlich beschränkt aus der Normalklasse separieren.

Gerade solche Schüler sollten aber die Bezugspersonen möglichst wenig wechseln. Sitzen dann dort die schwierigsten Kinder eine Zeitlang wie brave Schäfchen beieinander? Und jedes Kind sollte dabei so gefördert werden, dass es den Stoff, den die Normalklasse während seiner Abwesenheit behandelt, nachher gleichwohl beherrscht?

Eine Sisyphusarbeit, die ständige Absprachen unter den beteiligten Lehrpersonen bedingen würde. Und wenn dann das Kind wieder in die Normalklasse zurückkehrt, würde es dort freudig empfangen? Ein Hin- und Herschieben zwischen den Abteilungen wirkt sich auch in Bezug auf den Kameradenkreis und das Wohlbefinden kaum positiv aus. Zudem käme so eine Schulinsel höchstens als einmalige Massnahme infrage, obwohl damit oft die Schwierigkeiten keineswegs behoben wären.

Eine kleine Förderklasse mit fixer Klassenlehrerin, wo sich das Kind in konstanten Abläufen geborgen fühlt, wäre wohl oft von Anfang an weitaus der beste Weg in die Zukunft.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Was ist zu tun und zu lassen?

Schweizerzeit, 25. Oktober 2024, von Regierungsrat Res Schmid,
Vorsteher Bildungsdirektion, Emmetten NW

Meine Erkenntnisse und Forderungen nach 14 Jahren als Bildungsdirektor des Kantons Nidwalden.

Die Volksschule hat den Auftrag, Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen sowie soziale Fähigkeiten zu vermitteln. Diese Kompetenzen bilden die Basis für eine erfolgreiche schulische oder berufliche Laufbahn. Als langjähriger Bildungsdirektor eines kleinen Kantons habe ich das Privileg, die Schulen in den elf Nidwaldner Gemeinden mindestens einmal pro Schuljahr zu besuchen. So kann ich den Puls vor Ort spüren, den Austausch mit Schulbehörden, Schulleitungen und Lehrkräften intensiv pflegen und Fehlentwicklungen korrigieren.

Seit 2010 habe ich die folgenden Massnahmen umgesetzt: Wiedereinführung der Notengebung ab der 3. und 4. Klasse. Beibehaltung des traditionellen Kindergartens, wobei nur eines der beiden Kindergartenjahre obligatorisch ist. Stärkung der Grundkompetenzen in der Primarschule durch die Einführung von 273 (+ 20%) zusätzlichen Lektionen in Deutsch und Mathematik. Beibehaltung der Fächer Geschichte und Geografie als benotete Fächer. Abschaffung des «lautgetreuen Schreibens», um korrektes Schreiben von Anfang an zu fördern. Erhöhung des Einschulungsalters um vier Monate. Einführung neuer Leistungstests, die den Lernerfolg in den Gemeinden überprüfen.

Unsere Nidwaldner Schulen bereiten unsere Kinder und Jugendlichen hervorragend auf das Berufsleben vor - wovon u.a. die Lehrabschlussquote von 98-99% in der Berufsbildung in den letzten Jahren zeugt. Auch beim Fremdsprachenaustausch - der in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Wallis stattfindet - belegt Nidwalden eine Spitzenposition.

Dennoch läuft in der Volksschule immer noch zu vieles falsch. Nachstehend meine Feststellungen und Forderungen:



Der integrative Unterricht ist gescheitert: Nidwalden hat 2010 als erster Kanton das integrative Schulsystem eingeführt. Der integrative Unterricht überfordert sowohl die Schüler als auch die Lehrer, was zu einem kontinuierlichen Rückgang der Lernqualität führt. In vielen Klassen herrschen Unruhe und ein Mangel an Disziplin, was die Konzentrationsfähigkeit der Schüler stark beeinträchtigt. Es braucht wieder Förderklassen, um betroffene Kinder optimal zu unterstützen und die Lehrkräfte zu entlasten.

Die unkontrollierte Zuwanderung führt zu einer stark zunehmenden Zahl fremdsprachiger Kinder in den Klassen, was die Integration erschwert. Viele Lehrkräfte sehen sich mit einer wachsenden Bandbreite an Leistungsniveaus und Bedürfnissen konfrontiert, die im regulären Unterricht kaum zu bewältigen sind. Ich plädiere für die Errichtung regionaler Integrationsklassen, in denen fremdsprachige Kinder und Jugendliche zunächst die deutsche Sprache auf Niveau A2 erlernen, bevor sie in die Regelklasse aufgenommen werden.

Grundkompetenzen und Leistungen sinken: Zahlreiche Tests belegen, dass die Leistungen in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen sinken. Eine stärkere Fokussierung auf diese Grundkompetenzen und die Reduktion der Fremdsprachen im Unterricht sind dringend notwendig. Zwei Fremdsprachen in der Primarschule überfordern viele Schüler und führen zu Defiziten in der Schulsprache Deutsch. Eine Fremdsprache in der Primarschule genügt.

Der Lehrplan 21 führt zur Überlastung: Der Lehrplan 21 bewertet alle Fächer gleichwertig, was besonders im Bereich der Fremdsprachen zu einer Überlastung führt. Die notwendige Vertiefung in Deutsch und Mathematik kommt dadurch zu kurz. Eine Redimensionierung des Lehrplans ist daher notwendig.

Noten sind notwendig: Ich bin ein klarer Befürworter von Schulnoten ab der zweiten Primarklasse. Transparente Leistungsbeurteilungen sind notwendig, um den Lernfortschritt klar zu dokumentieren. Alternative Beurteilungsformen werden ohnehin in traditionelle Notenmassstäbe übertragen.

Mehr Frontalunterricht: Das Konzept des selbstorganisierten Lernens benachteiligt vor allem leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler. Ein geführter Unterricht mit klaren Strukturen ist weit aus effektiver.

Keine Genderdebatte in der Schule: Die Genderdebatte und ihre Auswirkungen auf den Schulunterricht sind unnötig. Der Fokus muss auf der Beherrschung der Sprache liegen, nicht auf ideologischen Diskussionen.

Sexualerziehung ist primär Sache der Eltern: Die Sexualerziehung liegt primär in der Verantwortung der Eltern. Die Schule kann unterstützend wirken, jedoch muss die elterliche Erziehungskompetenz gewahrt bleiben.

Mehr Praxis an den Pädagogischen Hochschulen: Die Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen ist zu theorielastig. Eine stärkere Praxisorientierung ist dringend erforderlich.

Rückbesinnung auf bewährte Methoden: Ich plädiere für eine Rückkehr zu bewährten Lehr- und Lernmethoden auf klaren, praxisnahen Grundlagen, um den Lernerfolg sicherzustellen.

Unsere Volksschule muss wieder auf klare, praxisnahe und lernwirksame Grundlagen setzen, um den Schülerinnen und Schülern eine bestmögliche Bildung zu bieten und sie optimal auf die Zukunft vorzubereiten.

Res Schmid

(Referat an der DV der SVP Schweiz vom 12.10.2024 in Aarau, hier in gekürzter Form)



Der Abbau muss ein Ende haben

NZZ, 13. November 2024, Meinung & Debatte, Giorgio Scherrer

Schulfach Geschichte

Kein Satz über die Bedeutung von historischem Wissen wird so oft zitiert. Kein Satz ist so häufig leeres Geschwätz. «Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.» Das hat der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl 1995 gesagt. Es ist ein kluger Satz. Umso trauriger, dass er zur Floskel geworden ist. Er wird in Zahnarzttheften zitiert, auf der Website des Tourismusortes Saas-Fee oder jener des Südtiroler Energieverbandes. Und kürzlich deklamierte ihn, in abgewandelter Form, auch Silvia Steiner (Mitte), die Zürcher Bildungsdirektorin und oberste Schulvorsteherin der Schweiz. «Geschichte ist wichtig», sagte sie. «Nur wenn wir wissen, woher wir kommen, können wir unsere Gegenwart verstehen und unsere Zukunft gestalten.» Tönt schön, tönt wahr. Nur tut die Schweizer und Zürcher Bildungspolitik seit Jahren alles andere, als diesem Diktum nachzuleben.

Geschichte als Schulfach schrumpft – die Lektionenzahl ist mit der Einführung des Lehrplans 21 um 10 Prozent eingebrochen. Das Fach verliert im Unterricht und in der Lehrerbildung an Bedeutung. In der Sekundarschule wurde es mit der Geografie fusioniert, unter dem Namen «Räume, Zeiten, Gesellschaften». Auch bei der Umsetzung der jüngst beschlossenen Maturareform droht ein Kahlschlag. Dahinter steckt ein grösserer Trend. Die pädagogischen Reformen der letzten Jahrzehnte – Kompetenzorientierung, Individualisierung, Fokus auf Naturwissenschaften – unterlaufen nach und nach den Kernanspruch des Fachs: den Schülerinnen und Schülern ein geteiltes Wissen über die eigene Vergangenheit zu vermitteln. Geschichtslehrerinnen und -lehrer schlagen seit Jahren Alarm – nur scheint keiner so richtig hinzuhören.

In Zürich war es am Montag wieder so weit: Im Kantonsparlament warnte der GLP-Politiker Christoph Ziegler vor der Verarmung des Geschichtswissens, die er als Sekundarlehrer beobachtet. Drei Viertel der Schülerinnen und Schüler verliessen die Schule, ohne je von 1848 gehört zu haben, dem Gründungsjahr der modernen Schweiz. Und 1291, der Rütlichschwur? «Ist für sie ein Fremdwort.»

Nun kann man sich fragen, ob das ein Skandal ist – ist ja alles googelbar. Viel wichtiger als Wissen sind doch ohnehin Fähigkeiten, die berühmten Kompetenzen. Blöd ist nur, dass ohne einen Grundstock an historischem Wissen die besten Analyse- und Lesekompetenzen nichts nützen. Und dass es beim Geschichtsunterricht um mehr geht als um individuelle Fähigkeiten: Es geht darum, ein Verständnis der eigenen Vergangenheit zu entwickeln – der Werte, Erfolge und Verbrechen, die sie prägten. Das also, was einen zum Staatsbürger, zur Staatsbürgerin macht. Denn nur wer die Vergangenheit kennt, kann auch die Gegenwart . . . – aber das wissen Sie ja schon.

Früher war dabei längst nicht alles besser. Der Geschichtsunterricht diente bis vor wenigen Jahrzehnten der Perpetuierung glorifizierter, fiktionaler und meist langweiliger Erzählungen über die Einzigartigkeit der Schweiz. Es ist gut, dass das heute anders ist. Debatte und Streit über Bedeutung und Interpretation des Früher müssen im Zentrum eines guten Geschichtsunterrichts stehen. Dass Geschichte global und vernetzt ist und sie nur verstehen kann, wer über die Nation hinausblickt – das müssen die Schulkinder von heute lernen. Aber dafür braucht es Zeit und Ressourcen. Und es braucht Politikerinnen und Politiker, die der Geschichte wieder jenen Platz geben, der ihr gebührt. Als eigenständiges Fach mit genug Lektionen.

Das grösste Hindernis auf diesem Weg ist die Bildungsbürokratie. In Zürich etwa heisst es von der Regierung, man könne an der Stellung des Geschichtsunterrichts nichts ändern, weil ein Expertengremium dafür zuständig sei. Eine faule Ausrede: Wer gestalten will, der kann es auch.

Blosse Qualifizierung reicht nicht

Journal21, 10. November 2024, Carl Bossard

Bildung sei wichtig. Was aber bedeutet sie? Schlüsselqualifikationen oder Basiskompetenzen, operationalisierbare Fähigkeiten oder eine möglichst hohe Maturitätsquote, wie dies die OECD fordert? Gedanken zu einem inflationär gebrauchten Wort.



Wilhelm von Humboldt (1767–1835) in einem zeitgenössischen Porträt. Er reformierte das preussische Bildungssystem und gründete die später nach ihm benannte Berliner Universität. (Keystone/Photopress-Archiv/Str)

Liegt die Zukunft der Bildung in ihrer Vergangenheit? Wer heute über Bildung spricht, der blickt zurück – auf den Literaturkanon, auf alte Philosophen, auf den humanistischen Bildungsbegriff. 1999 noch erzielte Dietrich Schwanitz mit seinem verwegenen Vademecum «Bildung – alles, was man wissen muss» einen Verkaufsschlager. Doch er publizierte auf der Schnittpunktlinie eines Umbruchs.

Was nützt mir Bildung?

Der Wissens- und Informationsgesellschaft droht die Bildung abhandenzukommen. Letztere hat es heute schwer. Gefragt sind Kompetenzen, beruflich kalkulierbar, ökonomisch einsetzbar, finanziell verwertbar. Das Kalkül der Nützlichkeit dominiert und diktiert. Die Idee der betriebswirtschaftlichen oder technischen Effizienz hat die Idee der Bildung verdrängt. Relevant ist sie als ökonomischer Faktor und «bilanzierbare Kennzahl des Humankapitals»¹ – unter den Parametern des maximierten Gewinns.

So scheint es. Ganz gemäss der griechischen Anekdote: Der Schüler Stobaios hatte eben angefangen, beim Mathematiker Euklid Geometrie zu studieren. Als er den ersten Lehrsatz gelernt hatte, fragte er seinen Lehrer: «Welchen Gewinn habe ich nun davon, wenn ich all das lerne und all das weiss?» Da rief Euklid seinen Diener und sagte: «Gib ihm drei Drachmen! Er muss Gewinn schlagen aus dem, was er lernt.»

Die Antike wusste: Wissen meint ein Erkennen, Verstehen, Begreifen. Ob Wissen nützen kann, ist nie eine Frage des Wissens selbst, sondern der Situation, in die man gerät. 2'500 Jahre sind seither vergangen. Stobaios lebt weiter, und seine Devise, von Euklid kritisiert, ist aktueller denn je: Wissen wird pragmatisch am möglichen Geldwert bemessen mit der Frage: Was nützt mir Bildung?

Gesellschaftliche Distinktion

Ja, was bringt mir Bildung? Anscheinend viel, sehr viel sogar, denn Bildung ist gefragtes Gut und in aller Munde. Ein Dauergerede. Wo über Unterricht, Schule und Hochschule diskutiert wird, fällt das Wort. Man tut, als rege sich überall ein unersättlicher Bildungshunger, als spüre man das menschliche Urbedürfnis, etwas zu lernen. Das Leben nötige uns zu lebenslanger Bildung, wird gesagt, die Bildung müsse im Kindergarten beginnen und im Altersheim enden, dazwischen sei permanente Weiterbildung der ultimative Imperativ. Da ist von Bildungsreserven die Rede, von Bil-

¹ Konrad Paul Liessmann (2006), *Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft*. Wien: Paul Zsolnay Verlag, S. 10



dungsmanagement und Bildungsoffensiven, von der Bildungsexplosion mit stetig steigender Zertifiziertenquote; dazu Fortbildung und Weiterbildung, akademische Bildung und Seniorenbildung. Die Bildungsflut hat uns mitgerissen.

Aber, verdient dies alles den Namen Bildung? Oder handelt es sich hier bloss um Etikettenschwindel? Müsste all das nicht anders bezeichnet sein? Als Unterricht und Lernen, als Trainings- und Qualifizierungsprozesse, als Ausbildung und Instruktion? Und ist Bildung nicht allzu oft Synonym für den Wunsch, ein schönes Papier zu besitzen? Der Ausweis von Bildung durch den Nachweis eines Dokuments mit Punkten und Titeln? Doch wo man von Bildung spricht, meint man da nicht nur das Zertifikat, sondern auch die damit verbundene soziale Reputation und gesellschaftliche Distinktion. Der Abschluss verleiht Anspruch auf höhere Stellung und kräftigeres Salär. Aufstieg durch Bildung, Aufstieg als Zweck, Bildung als Mittel.

Bilden kann sich jeder nur selbst

Bildung ist zwar eine schöne Sache, doch der Weg dorthin eine rechte Plackerei und alles andere als eine asphaltierte Schnellstrasse. Die Schule ist eben kein Take-away für Bildung, wo sich alle anmelden und alle den ersehnten Abschluss erhalten. Es ist das simple Geheimnis aller Bildung, dass sie Arbeit ist und Anstrengung fordert. Bildung ist nicht Zustand, sondern persönlicher Prozess und individuelle Entwicklung.

Der Begriff als solcher ist diffus geworden. Die Definition fällt schwer, selbst in der geisteswissenschaftlichen Denktradition – und heute sowieso. In einer sogenannten Wissens- und Informationsgesellschaft überrascht das. Sogar der deutsche Bildungsreformer Hartmut von Hentig verzichtet in seinem Buch über «Bildung» auf eine Definition.²

Da lohnt es sich, an das zu erinnern, was Bildung eigentlich sein könnte. Der Philosoph Peter Bieri, unter dem Pseudonym Pascal Mercier auch als Romancier bekannt, versucht eine zeitgemässe und zukunftsfähige Bestimmung des Bildungsbegriffs:

«Bildung ist etwas, das Menschen mit sich und für sich machen: Man bildet sich. Ausbilden können uns andere, bilden kann sich jeder nur selbst. Das ist kein blosses Wortspiel. (...) Sich zu bilden, ist tatsächlich etwas ganz anderes, als ausgebildet zu werden. Eine Ausbildung durchlaufen wir mit dem Ziel, etwas zu können. Wenn wir uns dagegen bilden, arbeiten wir daran, etwas zu werden – wir streben danach, auf eine bestimmte Art und Weise in der Welt zu sein.»³

Humane Kultivierung seiner selbst

Der Mensch *ist* nicht einfach, er hat «auf eine bestimmte Art und Weise in der Welt zu sein», betont Bieri. Voraussetzung dafür ist Bildung. Eben: Wenn wir uns bilden, arbeiten wir daran, etwas zu werden. Eine wunderbare Definition. Bildung als humane Kultivierung seiner selbst, meinte Wilhelm von Humboldt, preussischer Gelehrter und Mitbegründer der Universität Berlin, sinngemäss. Daraus entsteht verantwortete Handlungsfähigkeit im Kontext der Mit- und Umwelt.

Darum sei der Gebildete derjenige, der versuche, «so viel Welt als möglich zu ergreifen und so eng, als er nur kann, mit sich zu verbinden».⁴ So gedacht, lässt sich Bildung nicht standardisieren und nicht über Kompetenzen definieren, denn sie kann konsequent nur vom Subjekt her gedacht sein. Der Welt und sich selber begegnen, die Wechselwirkung von Ich und Welt erfahren – auch im kleinen, persönlichen Mikrokosmos – und sie gestalten. Tätiges Begreifen der Welt, darum geht es

² Hartmut von Hentig (2004), *Bildung. Ein Essay*. Weinheim: Beltz-Verlag; vgl. Heinz-Elmar Tenorth (2020), *Die Rede von Bildung. Tradition, Praxis, Geltung – Beobachtungen aus der Distanz*. Berlin: J.B. Metzler

³ Peter Bieri, *Wie wäre es, gebildet zu sein?* In: Hans-Ulrich Lessing, Volker Steenblock (Hg.), «Was den Menschen eigentlich zum Menschen macht ...». *Klassische Texte einer Philosophie der Bildung*. Freiburg im Breisgau: Verlag Karl Alber 2010, 205f.

⁴ Wilhelm von Humboldt, *Theorie der Bildung des Menschen. Gesammelte Schriften I-XVII*. Berlin 1903-1936, I, S. 255



Humboldt. Das ist die Sinnperspektive der Bildung und vielleicht das humanistische Bildungsideal mit seiner lebensgestaltenden Energie.

Ethisch-kulturelle Orientierung

Noch nie war eine Bildung, die über den Tagesbedarf und das berufliche Kerngeschäft hinausgeht, so unentbehrlich wie heute. Wir leben in einer Gesellschaft, die sich nicht nur als offene (Karl Popper), sondern auch als beschleunigte versteht. Zu ihrem Credo gehören permanente Innovation, grenzenlose Mobilität und hektische Flexibilität. Der Zwang zum «Change» als Dogma. Ohne Bildungselemente aber geht eine offene Gesellschaft an ihrer eigenen Wandelbarkeit zugrunde, mahnt der deutsche Wissenschaftstheoretiker Jürgen Mittelstrass.⁵

Es ist paradox: Je reicher unsere Gesellschaft an Information und Wissen wird, desto ärmer scheint sie an Orientierungsvermögen zu werden. Für diese Fähigkeit aber steht der Begriff der Bildung – und für die ethisch-moralische Dimension der Begriff der Humanität. Sie umfasst damit Werte wie Demut, Bescheidenheit und Empathie und bewahrt vielleicht vor Hybris, Hochmut und Habgier. Daher schliesst der Begriff der Bildung auch den Begriff der Orientierung ein, im klassischen wie im modernen Sinne. So ist Bildung nichts Theoretisches, kein blosses Sich-Auskennen in Bildungs- oder Wissensbeständen, sondern eine Lebensform, «eine bestimmte Art und Weise, in der Welt zu sein».

Veranstaltungshinweise

Gewalt und Mobbing in der Schule - braucht es ein Fach Empathie?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 20. November 2024

Referenten

Dr. phil. Maria Teresa Diez Grieser
(Psychotherapeutin, Zürich)

Simone Hunziker
(Krisenintervention, Uster)

Ort und Datum

Mittwoch, 20. November 2024, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule
Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)
9000 St. Gallen
Grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)



⁵ Jürgen Mittelstrass (1997), *Der Flug der Eule. Von der Vernunft der Wissenschaft und der Aufgabe der Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag



Integrative Schule wohin?

EVP der Stadt Zürich, 25. November 2024

Eine Podiumsdiskussion zur Zukunft des integrativen Schulmodells

Die Ziele der integrativen Schule sind gross. Alle sollen gemeinsam lernen. Aber die Praxis ist durchgezogen. Oft sind Lehrkräfte und ganze Klassen überfordert und die zu integrierenden Kinder leiden. Wir möchten am Podium gute und kritische Punkte besprechen, ohne den Anspruch auf Integration aufzuheben, aber mit der Frage, was besser werden muss!

TeilnehmerInnen

Yasmine Bourgeois (Gemeinderätin Stadt Zürich und Schulleiterin),
Matthias Jordi (Schulleiter), Daniel Burri (Vater), Beat Schnyder
(Vater).

Ort und Datum

25. November 2024, 19.15

Zentrum Glockenhof, Saal London

Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

